

Das Russell-Tribunal zu Palästina

Warum es nötig ist

Am 9. Juli 2004 veröffentlichte der Internationale Gerichtshof (International Court of Justice, ICJ) in Den Haag ein Gutachten, in dem er darlegte, dass die Mauer, die Israel im besetzten Palästina errichtet, illegal ist. Elf Tage später verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit die Resolution ES-10/15, in der sie das Gutachten des ICJ anerkannte und die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen aufrief, ihren gesetzlichen Verpflichtungen, wie im Gutachten niedergelegt, nachzukommen, nämlich: keine Hilfe oder Unterstützung beim Bau der Mauer zu gewähren oder die daraus resultierende illegale Situation nicht anzuerkennen und sicherzustellen, dass Israel seinen Verpflichtungen gemäß dem humanitären Völkerrecht und dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes nachkommt.

Aber all die Staaten, die für die Resolution ES-10/15 gestimmt hatten, gaben sich in der Folge damit zufrieden, lediglich Verurteilungen und politische Erklärungen abzugeben. Auf diese Weise gestatteten sie Israel, seine Politik der Landenteignung und der Errichtung illegaler Siedlungen auf besetztem Gebiet fortzusetzen und die Rechte des palästinensischen Volkes zu verletzen. Der Krieg, den israelische Regierung und Armee im Dezember 2008 im schon unter einer brutalen Blockade leidenden Gaza-Streifen führten, machte Israels Verachtung des Völkerrechts deutlicher sichtbar als je zuvor und hob die Komplizenschaft und Verantwortlichkeit anderer Länder – besonders der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union – für die Fortdauer des Unrechts hervor, unter dem das palästinensische Volk leidet. Da die Verurteilungen mit keinerlei Sanktionen einhergingen, genießt Israel die stillschweigende Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

Dies sind die Umstände, die zur Einberufung des Russell-Tribunals zu Palästina führten, einer zivilgesellschaftlichen Initiative mit dem Ziel, das Völkerrecht zu stärken als den wichtigsten Faktor, der bei dem Konflikt zwischen Israel und Palästina eine Rolle zu spielen hat, und die internationale öffentliche Meinung zu mobilisieren, so dass die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten bewegt werden können, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Straflosigkeit des Staates Israel zu beenden und eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konflikts herbeizuführen. Das Ziel ist es, auf diese Weise neben der offensichtlichen Verantwortung Israels die Komplizenschaft dritter Staaten und internationaler Organisationen deutlich zu machen, die es durch ihre passive Haltung oder aktive Unterstützung Israel erlauben, die Rechte des palästinensischen Volkes weiter zu verletzen und die Situation fortbestehen und sich verschlechtern zu lassen.

Übersetzung: Jürgen Jung

Die erste Sitzung des Russell-Tribunals zu Palästina findet vom 1.-3. März 2010 in Barcelona statt. Der Auftrag lautet: Das Tribunal soll „prüfen, in welchem Umfang die EU und ihre Mitgliedsstaaten beteiligt sind an der Fortdauer der Besetzung in den palästinensischen Gebieten und an Israels Verletzungen der Rechte des palästinensischen Volkes“.

SALAM SHALOM Arbeitskreis Palästina-Israel e.V.
Kontakt: E. Lenner, Rottenbacher Str. 3 A, 82166 Gräfelfing
<http://www.salamshalom-ev.de>